

## Asylrecht: Entmachtung

→ In Bezug auf die sogenannte „Flüchtlingsfrage“: Per Notverordnung möchte das Innenministerium die Macht eines Bürgermeisters bei der Bauordnung einschränken. Diese Notverordnung soll dazu dienen, bundeseigene Grundstücke und Gebäude ohne bau- oder widmungsrechtliche Beschränkung nutzen zu können. Solche Änderungen wurden bereits in Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg – im Eilverfahren – beschlossen.

## NÖ verlängert Finanzaktion

→ Das Land Niederösterreich verlängert die Finanzsonderaktion für Gemeinden über die erste Jahreshälfte 2015 hinaus bis zum Jahresende. NÖ-Gemeinden bekommen dabei für Projekte für drei Jahre einen dreiprozentigen Zinsenzuschuss. Für diese Finanzaktion können vielfältige Projekte – beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur- und Breitbandausbau sowie für Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen – umgesetzt werden.

## SZBG: Kinderbetreuung mangelhaft

→ Ein aktueller Bericht der Landesstatistik Salzburg zeigt, dass die Salzburger Gemeinden zwar Fortschritte bei der Kinderbetreuung gemacht haben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Salzburg aber „immer noch schwierig“ sei: Nicht einmal ein Drittel aller Salzburger Kinderbetreuungseinrichtungen schafft die notwendigen Kriterien. Im Herbst 2015 soll daher der Entwurf für ein neues Kinderbetreuungsgesetz vorliegen.

## KOMMUNALE TRENDS – TRENDIGE KOMMUNEN



National – und damit auch auf Gemeindeebene spürbar – beherrschen uns Themen wie etwa Wirtschaftsstagnation, zunehmende Arbeitslosigkeit, kommunale Infrastruktur bzw. Immobilientrends, Generationenkonflikte, aber auch die nicht enden wollende Flüchtlingsdebatte.

Unumgänglich sind kluge Investitionen, die zukunftsfähige Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen. Es geht darum, zeitgemäße Wege der kommunalen Geschäftsgebarung zu beschreiten und dabei auch Lifestyles und Trends des Gemeindezusammenlebens im Auge zu behalten.

Unsere Kommunen fungieren nota bene als wichtige Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft. Bereits jedes vierte Unternehmen bestätigt dies im kürzlich durchgeführten branchenübergreifenden Pitters BRANDTREND. Daneben stimmen Österreichs kommunale Entscheidungsträger mit großer Mehrheit der Aussage zu, dass „die Gemeinden umfassend in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit investieren müssen, um auch 2030 zukunftsfit zu sein“.

Dazu werden immer häufiger Landkarten über Ähnlichkeiten erstellt, entsprechen-

de Auskünfte werden in Befragungen der kommunalen Stakeholder eingeholt. Die Ähnlichkeiten der Gemeinden können wirtschaftlicher, sozialer oder auch topografischer Natur sein. Diese Form der interkommunalen Zusammenarbeit dient der Ausgabenoptimierung und wird ergänzt um Öffentlich-Private-Partnerschaften.

Der demografische Wandel mit seinen Immobilientrends steht dabei ebenso im Zentrum wie die Gesamtentwicklung der Raumordnung. Eine entsprechende Bürgerbeteiligung erhöht dabei die Akzeptanz und die Gemeinden zeigen sich als durchaus modern und beratungsaffin. Sie sind offen für den stetigen „Feedback-Loop“ mit den BürgerInnen und nutzen dazu gemäß aktuellem Pitters KOMMUNALTREND zunehmend soziale Medien, wie etwa Facebook, Twitter, Instagram etc. Dem Ideenreichtum sind jedenfalls kaum Grenzen gesetzt und die Gemeinden sind definitiv jene Ebene, auf der nach wie vor – antizyklisch und direkt – Gestaltungsspielraum für die Entscheidungsträger besteht.

Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher

## IN KÜRZE

+++ *Gerichte nehmen jetzt ehrenamtliche Abschlussprüfer von Vereinen stärker „unter die Lupe“: Es ist davon auszugehen, dass den Rechnungsprüfern die Verschärfung der Judikatur hinsichtlich der Haftung zunehmend Sorgen bereiten wird.* +++ *Österreichs Gemeinden wurde im Jahr 2008 von der Datenschutzkommission untersagt, eigene Radarboxen aufzustellen. Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer setzt sich nun für gemeindeeigene Radarboxen ein.* +++ *Die jüngsten Daten über die Bezieher der Mindestsicherung stammen aus dem Jahr 2013: Von den für dieses Jahr ausgewiesenen 238.000 Beziehern bundesweit kommt deutlich mehr als die Hälfte aus Wien.* +++ *Innenministerium schuldet FF Traiskirchen rund 54.000 Euro.* +++